

V13 Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen, Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren

Antragsteller*in: Zoey Gerrit Prigge
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2578 2018 wird vermutlich ein Jahr, in dem Themen der Überschneidung des binären
2579 Geschlechtermodells in der Politik vermehrt thematisiert werden. Das
2580 Transsexuellengesetz ist seit Jahren in seiner jetzigen Form mehr als
2581 reformbedürftig. Im Oktober hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: Die
2582 derzeitige Rechtslage, dass bei Neugeborenen, deren Geschlecht nicht eindeutig
2583 feststeht, das Geschlecht lediglich offen gelassen werden kann, ist
2584 grundrechtswidrig. Es muss ein positiver Geschlechtseintrag geschaffen werden
2585 oder die Erfassung der Geschlechtszugehörigkeit abgeschafft werden. Die Existenz
2586 eines Geschlechts außerhalb des Männlich-Weiblich-Binaries wurde somit
2587 anerkannt. Die Fragestellung, ob die Möglichkeit des Nichteintrags für inter*
2588 Menschen auch nach der Geburt besteht, wurde gerichtlich bereits zuvor bejaht.
2589 Auch gibt es eine obergerichtliche Entscheidung, dass diese Möglichkeit auch
2590 Trans* bereits offen steht.

2591 Im Rahmen der Medienöffentlichkeit rund um die Kampagne "Dritte Option" kam es
2592 jedoch immer wieder auch zu Beschwerden. Inter*-Verbände setzen sich seit Jahren
2593 vor allem ein, medizinisch nicht notwendige Genitaloperationen an Neugeborenen,
2594 Kindern und nicht-wissenden Jugendlichen zu beenden. Eine entsprechende
2595 Formulierung findet sich im aktuellen bundesdeutschen Koalitionsvertrag, dennoch
2596 gehen die Raten an solchen Operationen nicht zurück. Erhebungen darüber, wie
2597 viele Kinder nach der Geburt mit einem offenen Geschlechtseintrag erfasst
2598 wurden, haben ergeben, dass die Anzahl weitaus geringer ist als es statistisch
2599 Babys geben müsste, die in diese Gruppe fallen.

2600 Zu Recht wurde kritisiert, dass Trans* Menschen oftmals andere Interessen haben
2601 als intergeschlechtliche Menschen. Diese ausschließlich Inter* betreffende
2602 Problematik von Zwangsoperationen, oftmals auch als "Genitalverstümmelungen"
2603 bezeichnet, können Außenstehende nicht abschließend einschätzen. Es wird
2604 befürchtet, dass durch eine Verallgemeinerung der politischen Dimension von
2605 Intergeschlechtlichkeit auf die Einführung einer dritten Geschlechtsoption,
2606 Inter* unsichtbarer werden. Verbänden zufolge identifizieren sich viele inter*
2607 Menschen überdies mit ihrer sozialisierten Geschlechterrolle, wollen also für
2608 sich keine dritte Option, prangern allerdings gleichzeitig die an ihnen
2609 ausgeführten Operationen an.

2610 Trans* menschen finden sich in einer Situation, in der Sie an teils von ihnen
2611 gewünschte Operationen nur durch lange Genehmigungs- bzw. Begutachtungsverfahren
2612 kommen. Auch die Vornamens- und Personenstandsänderung nach dem
2613 Transsexuellengesetz setzt ein solches auch nach neuester
2614 verfassungsgerichtlicher Gerichtssprechung immer noch voraus. Für nicht-binäre

2615 Trans* ist die rechtliche Situation noch ungewisser: Eine Streichung des
2616 Geschlechtseintrages ist zwar im Einzelfall möglich gewesen, jedoch ist die
2617 Anzahl an Musterprozessen gering. Eine Vornamensänderung, um zum Beispiel sowohl
2618 weibliche als auch männliche Vornamen tragen zu dürfen, in einem Falle
2619 höchstrichterlich abgelehnt.

2620 Währenddessen die LGBTQIA+-Community bemüht ist, inklusiv zu sein, wünschen
2621 einige Trans* und Inter* jedoch nicht, als Teil dieser gesehen zu werden.
2622 Diskussionen, ob jemand Trans*-genug ist, lehnt die Grüne Jugend ab, denn dies
2623 kann nur die Person selbst entscheiden. Dass Leidensdruck durch jeden Menschen
2624 anders wahrgenommen wird, erkennen wir an. Dass mancher Mensch gerne als
2625 Transsexuell bezeichnet werden möchte und sich selbst in der binären
2626 Geschlechterkategorisierung wiederfindet, ist ebenfalls nicht verwerflich. Die
2627 (nicht-binäre) Trans* Identität anderer in Frage zu stellen, ist und bleibt
2628 Trans*phobie.

2629 Weitergehend fordert die Grüne Jugend auf, Begrifflichkeiten wie
2630 Intergeschlechtlichkeit und Nicht-binäre Geschlechtsidentität, bzw. Inter* als
2631 Identität des eigenen Gender nicht miteinander zu verwechseln. Sowohl manche
2632 Inter*, als auch Trans* haben eine Identität außerhalb des Geschlechter-
2633 Binaries. Die Anerkennung solcher Identitäten ist für beide Gruppen wichtig und
2634 es lohnt sich, gemeinsam dafür zu kämpfen. Es ist jedoch imperativ, dass nicht-
2635 binäre Trans* nicht als Inter*(sexuell) bezeichnet werden oder sich selbst so
2636 bezeichnen. Gerade in der Politik, in der Berichterstattung und in der
2637 Rechtsprechung ist das leider bereits erfolgt.

2638 Die Grüne Jugend fordert, Intergeschlechtlichkeit nicht durch Fehldarstellungen
2639 unsichtbar zu machen. Wir stellen uns an die Seite von Inter*-Verbänden mit der
2640 Forderung, nicht medizinisch notwendige Genitaloperationen an Kindern zu
2641 unterlassen und diesen zu ermöglichen, selbstbestimmt und informiert
2642 aufzuwachsen.

2643 Sowohl gesellschaftlich, als auch innerverbandlich, fordern wir eine Stärkung
2644 geschlechtlicher Vielfalt. Wie einher unsere Meinung war, setzen wir uns dafür
2645 ein, dass jeder seine eigene Identität finden kann. Wir lehnen es ab, dass
2646 jemand als nicht-Trans*-genug gelabelt wird. Und setzen uns dafür ein, dass
2647 Nicht-binäre Menschen (und als solche also auch Inter*, die sich nicht einer
2648 binären Geschlechterkategorie zuordnen), ein Recht darauf bekommen, durch den
2649 Staat als solche betrachtet zu werden: Weder auf Formularen noch in der Sprache
2650 darf ein Mensch in eine Kategorie gedrängt werden, ohne sich dieser angehörig zu
2651 fühlen.

2652 Die Grüne Jugend fordert, dass die Debatten zur Neuordnung des Personenstands in
2653 Bezug auf Geschlecht dazu genutzt werden, ein selbstbestimmtes Geschlecht für
2654 Alle unabhängig deren Biologie zu ermöglichen – und dass diese Wahl ohne
2655 diskriminierende Bestätigungsverfahren ermöglicht wird. Es muss möglich sein,
2656 nachdem ein Prozess der Selbsterkenntnis durchlaufen wurde, eine Entscheidung
2657 zur Geschlechtsidentität auch erneut anzupassen oder eine Identität, im Falle
2658 dass diese offen geblieben ist, einzutragen.

2659 Das Namensrecht muss modifiziert werden, sodass jeder Mensch einen Namen nutzen
2660 kann, der der eigenen Geschlechtsidentität entspricht.

2661 Die Regelung, die erarbeitet wird, muss aber sicherstellen können, dass kein
2662 zwischengeschlechtliches Kind stigmatisiert wird. Vielmehr muss die
2663 Selbstbestimmung auch von Kindern gestärkt werden.

Begründung

Die Grüne Jugend hat zu vielen der hier ausgeführten Dinge eine Position. Trotzdem hat sich in den letzten Jahren juristisch viel entwickelt und es gibt noch keinen Beschluss dazu. Erstmals erscheint es möglich, dass Deutschland ein drittes Geschlecht anerkennt. Das BVerfG Urteil zur Dritten Option war so vermutlich nicht vorhersehbar.

Die Rechtsprechung für Nicht-binäre Trans* Menschen besteht aus Rechtsunsicherheit, gleichzeitig halten Missstände insbesondere im TSG an, eine Verfassungsbeschwerde gegen die Gutachterpflicht wurde abgelehnt.

Ich persönlich habe die Erfahrung gemacht, dass ich als Intersexuell bezeichnet worden bin in einem Gerichtsbeschluss. Ich bin es aber nicht. Information zu diesen Themen ist oftmals unzureichend und aus Halbwissen entstehen Fehlverwendungen von Begrifflichkeiten. - Ich und wir als Trans* Menschen dürfen nicht vergessen, dass Inter* eine eigene Gruppe darstellen, die eigene Interessen haben und anderen Missständen ausgesetzt sind.

Genauso, wie Trans* Menschen zu Inter* gemacht worden sind, wird in der medialen Berichterstattung auch vergessen, dass ein dritter Geschlechtseintrag für viele biologisch-medizinisch eindeutig einem Sex zuordnebaren Menschen aufgrund einer nicht binären Geschlechtsidentität von hoher Bedeutung ist.

Die Gefahr, dass eine Neuregelung des Personenstandsregister einen positiven Eintrag nur für Inter* Menschen ermöglicht ist gegeben.

Dass Berichterstattung zu Operationen an intergeschlechtlichen Kindern und ein mögliches gesetzliches Verbot durch die Gesetzgebung zu einem neuen Geschlechtseintrag in den Hintergrund geraten, ebenfalls.

Dieser Antrag soll daher all diese Punkte nochmals in den Vordergrund rücken und zeigen, dass wir sowohl für gemeinsame Interessen von Trans* und Inter* entstehen, als auch die einzelnen Standpunkte und Schwierigkeiten anerkennen – und gemeinsam im Interesse aller agieren wollen.